

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.25 Mk. — Durch die Post bezogen nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).  
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:  
Leipzig, Landauer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13009.

Inseratenpreise:  
Die 7spaltige Petitzeile 1.55 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7spaltige Petitzeile Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Petitzeile 0.25 Mk.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Landauer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Neue Auswüchse der Büttelpolitik.

### Der verschärfte Belagerungsstatus mit Todesstrafeandrohung.

Berlin, 28. Februar.

Vor Schluß der Sonnabendtagung der Nationalversammlung brachte unser Genosse Cohn die bekannte und in der Öffentlichkeit wohl ohne Beispiel dahingehende Verordnung des Kommandanten des VII. Wehrkreisbezirktes zur Sprache. In dem er den Präsidenten fragte, ob er zur Montagtagung eine Erklärung unserer Fraktion zulassen wolle, die die Verordnung betrifft, um der Regierung Gelegenheit zur Äußerung zu geben? Mit der Verordnung werde ein Teil der Verfassung und des Strafbuchbuches außer Kraft gesetzt und die Nationalversammlung könne dies unmissverständlich zulassen. Es kämen die ernsten Folgen bevor, wenn etwa die Verordnung angewendet werde, daß nämlich auf Zuchthaus und auf Todesstrafe erkannt werden müsse. Genosse Cohn bezog sich auf die Meldung der Leipziger Volkszeitung über jene Verordnung und wies mit Nachdruck auf die Dringlichkeit der Angelegenheit hin.

Herr Kaufmann, der gerade präsierte, meinte, er wolle den Präsidenten der Montagversammlung nicht festlegen und wolle damit einer Entscheidung aus dem Wege gehen; Genosse Cohn bestand aber auf einer Entscheidung. Als nun aber der Demokrat Payne und der Zentrumsgewählte Reichsgerichtsrat Wur-lane noch erklärten, wenn wirklich eine solche Verfassungsänderung vorliege, so müsse eine Prüfung durch die Nationalversammlung vorgenommen werden da wurde Herr Kaufmann doch wankend. Ausproben kam ihm Herr Scheidemann zu Hilfe — natürlich auch der Ober-Banerischen Regierung —, indem er erklärte, eine Entscheidung über die Zulassung der Erklärung würde getroffen werden, wenn am Montag sie tatsächlich vorliege. Er ist dann gegen die Stimmen unserer Fraktion auch beschlossen worden. Da die Verordnung des Generals nunmehr im Wortlaut vorliegt, so ist die Prüfung leicht, ob sie gegen die Verfassung verstoße und das Strafbuchbuch in wesentlichen Teilen außer Kraft setze. Auch die Reaktion kann sich bis zum Montag überlegen, und sie wird dann nicht mit der Handrede kommen können und wollen, sie müsse sich erkundigen. Der größte Teil der Nationalversammlung war vor allem außerordentlichen Vorgehens im Westen nicht unzufrieden, denn es Erkennen war allgemein, daß Genosse Cohn den Inhalt der Verordnung bekanntgab.

Die Ausführungen des Genossen Dr. Cohn lauteten:

Ich habe die Bitte, daß der Herr Präsident die Tagesordnung etwas anders gestalte, und zwar aus Anlaß eines Vorgehens, über den die Zeitungen in den letzten Tagen berichtet haben. Nach dieser Berichten hat der Herr Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gewisse Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuchs abgeändert, nämlich die §§ 307, 311, 312 und 315. Das sind Bestimmungen, die sich beziehen auf qualifizierte Brandstiftung, Beschädigung von Eisenbahnanlagen und einige andre Straftaten. Nach den Berichten sollen diese Paragraphen des Strafbuchbuchs dahin abgeändert worden sein, daß an Stelle der in diesen Bestimmungen vorgesehenen lebenslänglichen Zuchthausstrafen durch Verordnung des Herrn Reichspräsidenten die Todesstrafe treten soll. (Hört hört! b. d. U. So.) Es soll weiterhin — immer nach den Berichten — zur Durchführung dieser Verordnung dem Reichswehrminister die Befugnis übertragen worden sein, Standgerichte einzusetzen, die als einzige Strafe die Todesstrafe

ausprechen dürfen. (Hört, hört! b. d. U. So.) Wenn die Berichte richtig sind, würde die Verordnung nicht nur die Strafprozessordnung, sondern auch das Strafbuchbuch in wichtigen Teilen außer Kraft setzen, und es würden damit bei weitem die Befugnisse überschritten sein, die Artikel 48 der Reichsverfassung dem Reichspräsidenten für die Aufrechterhaltung von Gebieten gibt. (Sehr richtig! b. d. U. So.) Unsere Absicht ist nun, am Montag vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung hier abzugeben und eine Auskunft von der Regierung zu fordern. Um das zu ermöglichen, bitten wir den Herrn Präsidenten, die Tagesordnung so festzusetzen, daß uns vor dem ersten Gegenstand der Tagesordnung die Gelegenheit zu einer Erklärung gegeben werde.

### Der Gipfel der Gewaltpolitik.

Eigentlich sollte man annehmen, die Gewaltpolitik Rostkes sei überhaupt nicht mehr zu überleben. In Döpreuche hat man es dennoch verstanden. Eine Verklugung des Generals von Grawert bietet im Einklang mit dem Plöckkommissar in den ostpreussischen Landkreisen alle Bestimmungen und Beschränkungen der Unabhängigen Partei.

Doch nicht genug damit. Im Landkreis Gding sind die Gemeindevorstände. Die örtlichen Amtsgewaltigen benutzen den Gehalt des Generals von Grawert, unserer Partei jede Beteiligung bei den Gemeindevorständen unmöglich zu machen. Der Amtsvorsteher von Lenzen droht jeden Gdingener

unabhängigen, der nach Lenzen kommt, zu verhaften. Zeitungsuntersuchungen weigern sich, Wahlenrufe unserer Partei in ihr Blatt aufzunehmen; ohne Genehmigung der Amtsgewaltigen. Sollten diese Verfahren gar nicht wissen, daß mit solcher Unterbindung der Wahlteilnahme die gesamten Gemeindevorstände unzulässig werden?

Ob die Regierung zu diesen ungeheuerlichen Praktiken Ausschweifungen oder ob sie den Gewaltmenschen in den Arm fallen wird?

### Der Sieg Helfferichs.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der V. U.) In einer Entscheidung über den Fall Erzberger stellt S. v. Gerlach in der Welt am Montag fest, daß Erzberger erloscht sei. Ihm ist keine besondere Rücksicht oder große Gemeinheit nachgewiesen worden, aber ihn verurteilt die Rille der kleinen Säbeldereichen und Säbeldereichen, der Unwahrscheinlichkeit und Zweifelhaftheit, die ganze Atmosphäre von Mädelchen, die seine ganze politische Wirksamkeit umgibt.

So wenig Gerlach sich insinuiert fühlt, Erzbergers Geschäftigkeit sympathie entgegenzubringen, so erklärt er doch das Ausschneiden Erzbergers für ein verhängnisvolles Ereignis des Prozesses. Helfferichs Sieg, Erzberger besieg — das ist ein schwerer, vielleicht verhängnisvoller Schlag für die deutsche Demokratie. Erzberger war neben Noke die mächtigste politische Kraft im Kabinett Bauer. Er war wenigstens einigermassen ein Gegengewicht gegen Noke, er war in Wahrheit die am meisten links gerichtete Persönlichkeit in der Regierung, er war der wirksamste Widerstand der Reaktion. Die hat nun freies Feld, oder richtiger gesagt, noch freieres Feld als bisher. Hier unbegrenzte Möglichkeiten, eröffnen sich ihr.

Gerlach weist besonders auch noch darauf hin, daß nun im Zentrum die Grauen und Großindustriellen wieder Oberwasser haben werden. Der Sieg Helfferichs über Erzberger ist in Wahrheit ein Sieg der Reaktion über die Demokratie — wenn nicht endlich angeht, die täglich größer werdenden reaktionären Gesähr die Arbeiter untereinander Frieden machen. Denn dann ist die Demokratie unüberwindlich.

### Der Nachfolger Erzbergers.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtmeldung der V. U.) Obgleich offiziell Erzbergers Schicksal noch nicht entschieden ist, wird bereits schon über seinen Nachfolger debattiert. Nach dem Berliner Tagblatt denken die beteiligten Kreise zum Teil an den jetzigen Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium, den durch Erzberger sehr vorbereiteten Zentrumsmann Wölke, zum Teil an den ehemaligen Reichsfinanzsekretär Graf M o e d e r n. Theodor Wolf hält beide für nicht geeignet. Wölke sei nur Steuerbeamter, werde aber den jetzt reinenden Valutaproblemen nicht gewachsen sein, dem Graf Roedern habe zuviel von seiner Vergangenheit an.

### Das Frauenstimmrecht in England.

London, 28. Februar. Die von der Arbeiterpartei eingebrachte Gesetzesvorlage, die das Stimmrecht der Frauen in derselben Weise gewährt, wie das der Männer, wurde im Unterhause in zweiter Lesung einstimmig angenommen. Die Gesetzesvorlage setzt die Wahlaltergrenze für Frauen von 30 auf 21 Jahre herab.

### Frischer Ueberfall auf eine Polizeistation.

London, 28. Februar. Neuter meldet: Eine Bande von etwa 50 bis 60 Revolverträgern griff die Polizeistation von Almoatane in der Grasshaff Street mit Feuerwaffen an. Der Kampf dauerte zwei Stunden. Die Angreifer töteten drei Tote und einen Verwundeten zurück.

### Neue Armentier-Megelien.

London, 28. Februar. (Neuter.) Der Präsident der amerikanischen Friedenskonferenz teilt mit: Die französischen Truppen haben Marash in Cilicien am 9. Februar geräumt. 3000 Armentier, die die Stadt verteidigten, wurden niedergemetzelt, 1500 entkamen nach bis Katalia. Von 20 000 Armentiern, die in Marash blieben, wurden 16 000 ermordet.

### Ausbreitung der irischen Unabhängigkeitsbewegung.

Genève, 28. Februar. Morning Post berichtet, daß sich die Unabhängigkeitsbewegung in Irland ständig mehr ausbreitet. Damaskus ist durch einen der einflussreichsten Führer mit mehr als 90 000 Anhängern besetzt. Dieser erklärte in einem Interview, wenn die Friedenskonferenz nicht völlige Unabhängigkeit anstrebte, so würde auf den ersten Ruf des Emirs Faisal das ganze Volk zu den Waffen greifen.

### Die „geordnete“ Wirtschaft.

Herr Reichswirtschaftsminister Schmidt hat mit seiner planlosen Wirtschaft das deutsche Wirtschaftsleben nunmehr endgültig so zerrüttet, daß die Wirtschaftsverbände zur Selbsthilfe schreiten müssen. Der Hauptverband der deutschen Industrie, der kürzlich in Berlin versammelt war, hat sich deshalb bereit erklärt, „im Wege der Selbstverwaltung die Einfuhr und Ausfuhr zu kontingentieren, um dadurch den Stand unserer Valuta zu bessern, die planlosen Einkäufe im Auslande zu verhindern und dadurch dem Verschleudern deutscher Waren vorzubeugen.“ Wenige Tage darauf hat der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Professor Dr. Fritsch, ein Programm des Reichswirtschaftsministeriums bekanntgegeben, in dem von Ausführungskontingentierung, Preisprüfung, Ausfuhrabgaben und ähnlichen Maßnahmen die Rede ist. Die Frankfurter Zeitung stellt deshalb nicht ohne Begründung fest, daß es sich bei der Politik, die das Reichswirtschaftsministerium nunmehr zu treiben beginnt, um eine Falschheit zu einem Teil des Programms von Wiffell und Mälendorf handelt.

Herrn Wiffells Programm war nie und kann nie das Ideal sozialistischer Wirtschaft sein, ja mehr, Herr Wiffell, Planwirtschaft war ein so rein bürokratisches System, daß es kein von jedem sozialistischen Gedanken stand. Es war ein faules Kompromiß mit dem Kapitalismus, dem Sozialisten niemals ihre Zustimmung geben konnten. Wenn man schon nicht den Mut zu ernsthaften Sozialisierungsmaßnahmen fand, so konnte man eine planmäßige Wirtschaft mit wirklich produktivem Charakter nur erreichen, wenn man die Organisation der Wirtschaft in die Hände der Arbeiter räte legt. Aber gegenüber der Planlosigkeit des Herrn Schmidt und gegenüber der Reijlosigkeit und Unfähigkeit der übrigen Regierungsmitglieder war Herr Wiffells Planwirtschaft eine Tat, und gegenüber dem feigen Zurückweichen der rechtssozialistischen Minister vor den Interessen des Kapitalismus war die Planwirtschaft wenigstens ein schwacher Versuch, die Interessen der Allgemeinheit über die Interessen des kapitalistischen Profits zu stellen. Herr Wiffell hätte auf dem Weimarer Parteitag seinen Parteigenossen unangenehme Wahrheiten gesagt, deshalb war er ungenügend und mußte fallen, zumal er sich schon zur Zeit für die Behauptung der Arbeiterräte eingesetzt hatte, als man im Kabinett noch glaubte, das Kabinett vollkommen abzurufen zu können. Es half deshalb Wiffell nichts, daß der Parteitag sich auf seine Seite stellte, die Regierungsgenossen ließen ihn fallen, als es Anfang Juli zu einer Entscheidungsschlacht um die Planwirtschaft kam. Den Erfolg der wirtschaftlichen Lage vermochte weder der Staatssekretär August Müller mit seinen eindringlichen Mahnungen dem Kabinett Ober Scheidemann, noch Wiffell der Regierung Noke-Bauer klarzumachen. Wirtschaftliche Fragen wurden in allen Kabinettsitzungen immer nur zehn Minuten vor Schluß erörtert, wenn alle mit hungrigen Mägen sich bereits halb erhoben hatten. Es half Wiffell nichts, wenn er auf die Gefährdung der deutschen Wirtschaft durch das Loch im Westen hinwies. Herr Erzbergers unverbesserlicher Optimismus entgegnete, daß die deutsche Wirtschaft nicht in Gefahr komme, wenn ein paar seidene Unterröde mehr im Lande vorhanden seien. Man solle nur ruhig die ganze Grenze öffnen, dann werde der Schleichhandel von selbst aufhören. Eine planmäßig geordnete Wirtschaft sei unnötig, ja sogar gefährlich. Herrn Wiffells Einwände halfen nichts, man begriff nicht, daß man, wenn ein Schiff led ist, das Loch so gut wie möglich zu verstopfen sucht und nicht zur Beseitigung des Schadens die ganze Bordwand einreißt. Herr Wiffell kämpfte gegen die kapitalistischen Vertreter im Kabinett und seine Parteigenossen blieben stumm. Solange die Demokraten im Kabinett waren, hatte Herr Gothein, der „Sozialisierungsminister“, Herrn Wiffell und seine Planwirtschaft mit ein paar lächerlichen Worten abgefertigt, und Herrn Wiffells Parteigenossen schmunzelten. Nach dem Ausschneiden der Demokraten besorgte Herr Erzberger das Geschäft des Herrn Gothein, und Herr Bauer schmunzelte, wie früher Herr Scheidemann. Zudem schielte man damals bereits nach den ausgeschiedenen Demokraten, wie hätte man sie zum Wiedereintritt in die Regierung bewegen können, wenn man nicht den Räder des freien Handels auswerfen konnte, wenn die Wiffellsche Planwirtschaft der Profitgier der Kapitalisten Fißel anlegte. Die Folgen für die deutsche Wirtschaft? Was scherten die die deutsche Regierung. Und so ging Herr Wiffell. An seine Stelle trat Herr Schmidt. Er besah zwar nicht die geringsten Fähigkeiten zur Erfüllung seines Amtes, aber er war ein absolut zuverlässiger Parteigenosse, der niemals anders tun würde, als der Parteivorstand wollte. In der